

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Karl Straub

Abg. Claudia Köhler

Abg. Ulrich Singer

Abg. Alexander Hold

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Klaus Adelt

Abg. Julika Sandt

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Staatsregierung muss Verantwortung übernehmen und Kommunen bei der Organisation der Aufnahme und der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen und entlasten! (Drs. 18/22566)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Gülseren Demirel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Aktuell kommt es darauf an – das ist wirklich das oberste Prinzip –, wie wir die Menschen, die auf der Flucht vor Putins Krieg sind, hier bei uns in Bayern aufnehmen. Das ist und bleibt eine solidarische Gemeinschaftsaufgabe von Bayern, Bund und Kommunen. An dieser Stelle ist es mir wichtig, mich noch einmal im Namen meiner Fraktion bei den Kommunen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kommunen, aber auch bei den vielen Hilfsorganisationen, Ehrenamtlichen und diesen Tausenden privaten Gastgeberinnen und Gastgebern für ihr Engagement und die Aufnahme dieser Menschen zu bedanken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erleben aber leider gleichzeitig, dass viele Herausforderungen, die die Kommunen meistern müssen, vonseiten der Staatsregierung immer noch unbeantwortet sind. Daher geht unser Antrag in die Richtung, die Kommunen jetzt zu entlasten und zu unterstützen; das ist wichtig. Das heißt, bezüglich der Ausgaben, die die Kommunen im Moment haben, ob es die Gesundheitsversorgung, Dolmetscherleistung oder Sozialberatung vor Ort ist oder ob es schnell auf die Beine gestellte Projekte wie Hotlines und Ähnliches sind, müssen die Kommunen die Gewissheit haben, dass sie das Geld auch bekommen. Im Moment finanzieren die Kommunen ohne eine Zusicherung.

Diese Rückmeldung aus den Kommunen erhalten nicht nur wir. Ich bin mir sicher, dass auch bei anderen Fraktionen ähnliche Informationen ankommen. Daher ist es wichtig, dass wir jetzt endlich von der Staatsregierung, genauso wie das bei der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bund stattgefunden hat, eine Hausnummer erfahren. Die Hausnummer gibt es nicht. Die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, sind uns bis heute nicht bekannt, obwohl wir gerade erst Haushaltsdebatten hatten. Daher ist unsere Intention mit dem Antrag: Bitte lassen wir es nicht zu, dass die Aufnahme Geflüchteter für die Kommunen zu einem Haushaltsrisiko wird! Sie müssen planen und einen belastbaren Haushalt führen können.

Auch die Ehrenamtlichen, die privaten Gastgeberinnen und Gastgeber sind erschöpft. Jetzt sind es zwei Monate. Viele haben sich bereit erklärt, Menschen im eigenen Haushalt aufzunehmen; das war eine wunderbare, großartige Bereitschaft, weil nicht jeder eine abgeschlossene Wohneinheit anbieten konnte. Aber wir können nicht sagen: Aus den Augen, aus dem Sinn. – Die privaten Gastgeberinnen und Gastgeber stehen im Hinblick auf die gesamte Administration, auf die Behördengänge und Weiteres mit den Familien ohne Antworten da, ohne an hauptamtliche Strukturen angebunden zu sein. Das muss sich schnellstmöglich ändern. Sie brauchen Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder müssen pädagogisch betreut werden. Aber wir wissen alle, dass unsere Kinderbetreuungseinrichtungen am Anschlag arbeiten. Also müssen wir den Kommunen auch da alternative Lösungen anbieten. Ein Veranstalter von Deutschkursen kann keinen Sprachkurs mit Kinderbetreuung anbieten, weil die Betreuungsstandards genauso hoch sind wie in einer normalen Kindertagesstätte. Das heißt: Geben Sie doch bitte schön Antworten, damit geplant werden kann! Geben Sie Antworten, was wir mit den Kindern machen, die in den Kindertagesstätten keinen Platz bekommen! Gibt es dann niedrighschwellige Projekte und Betreuungsangebote, damit diese Kinder in irgendeiner Form eine Förderung bekommen, bevor sie in der Schule landen?

Zum Schluss möchte ich an Sie appellieren: Liebe Staatsregierung, liebe Regierungsfractionen, sagen Sie den Kommunen, was sie verantworten müssen und was der Teil der Staatsregierung ist! Geben Sie auch den Ehrenamtlichen eine Antwort, damit der Zustand der Unsicherheit beendet werden kann!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Demirel, wenn ich Sie reden höre, weiß ich immer nicht, von welchem Bundesland Sie reden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE): Bayern!)

Wenn man Ihre Antragsbegründung liest, dass die Staatsregierung immer nur auf den Bund und auf die Kommunen zeigt, dann ist das absolut falsch und eigentlich auch dreist, das so zu behaupten.

Bayern war das erste Bundesland, das den Kommunen sofort hundertprozentige Unterstützung zugesagt hat. Im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise haben wir bis dato 144.000 Ukrainer bei uns aufgenommen. Mich wundert und überrascht, wie gut alles läuft. Wie gut läuft es mit den pädagogischen Willkommensklassen! Ich war skeptisch, ob sie in dieser Schnelligkeit eingerichtet werden können. Ja, es hat geklappt. Wir haben Betreuungsklassen. Wir haben inzwischen 20.000 ukrainische Schüler ganz normal im Unterricht. Da wird hervorragende Arbeit geleistet.

Genau das Gleiche betrifft den Bereich Soziales, wo in den Kindergärten und in der Kinderbetreuung die Betreuungsschlüssel vorübergehend ausgesetzt wurden. Übrigens gibt es keine Pflicht, seine Kinder in die Kitas zu bringen. Aber auch das läuft super. Es gibt Angebote vor Ort. Ich denke, dass wir hier einmal ein ganz großes Dan-

keschön an alle Helfenden, an die Staatsregierung, an unseren Staatsminister Joachim Herrmann, aber auch an unseren Kultusminister Michael Piazzolo und an unsere Sozialministerin Ulrike Scharf richten müssen, die hervorragende Arbeit leisten. Wenn man eine Anfrage an ein Ministerium stellt, dann kommt innerhalb kürzester Zeit die Antwort. Wie auch mit den Kommunen umgegangen wird und wie auf ihre Wünsche eingegangen wird, ist meines Erachtens angesichts der Menge an geflüchteten Menschen, die in Bayern ankommt, einfach hervorragend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

An dieser Stelle noch einmal ein ganz großer Dank an die Ehrenamtlichen. Ich erlebe es jeden Tag bei mir vor Ort, wo ein Einziger in seinem Einfamilienhaus 15 Menschen aufgenommen hat und das mit großer Begeisterung tut. Mir gegenüber redet er nicht von "Erschöpfung", sondern von einer "Begeisterung", Menschen helfen zu können, einer "Begeisterung", Menschen integrieren zu können.

Sie reden hier wieder von "Integrationslotsen". Wir haben 90 Integrationslotsen in Bayern, die gefördert werden. Wir haben 6,5 Millionen Euro bereitgestellt. Es ist auch schon klar, wie weiter finanziert wird. Wir haben einen Sondertopf für die Ukraine-Hilfe. Weitere Möglichkeiten der Förderung sind da. Sie reden jetzt schon von einem Nachtragshaushalt. Dieser ist einfach noch nicht absehbar. Keiner von uns hier im Raum weiß, wie lange die Krise noch andauern wird. Wenn zu gegebener Zeit ein Nachtragshaushalt gemacht werden müsste, dann wird er auch gemacht. Ich brauche ihn jetzt aber nicht aufzustellen, weil genügend Mittel vorhanden sind.

Zum Abschluss noch einen herzlichen Dank an alle, die hier großartig mithelfen. Ich glaube, in Bayern wird das Ganze vorbildlich gemacht. Natürlich hakt es irgendwann mal an einer gewissen Stelle, aber wenn das geschieht, dann wird immer sofort nachgebessert. Herzlichen Dank an alle, die mithelfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine Meldung zu einer Intervention.
– Es gibt eine Intervention der Kollegin Claudia Köhler von der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Straub, wann haben Sie zuletzt mit Landräten, Bürgermeistern oder privaten Familien gesprochen, die Menschen aus der Ukraine aufgenommen haben? Für sie ist das, was Sie gesagt haben – alles läuft super, wir unterstützen total gut – ein Schlag ins Gesicht. Die Menschen haben ihre Häuser geöffnet, waren sofort, pronto da, geflüchtete Menschen für ein paar Tage oder Wochen aufzunehmen; jetzt halten sie aber schon zwei Monate durch!

Sie wollen eine Perspektive. Sie wollen wissen, wann ihr Haus wieder nur ihnen allein gehört und die Geflüchteten eine neue Unterkunft bekommen. Diesbezüglich kommt nichts von Ihnen, gar nichts! Sie haben ja am Schluss zum Nachtragshaushalt gesagt: Wir warten jetzt einfach mal ab, wie lange die Krise dauert.

(Zuruf der Abgeordnete Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Das geht doch nicht, Sie sind in der Regierungsverantwortung. Sie müssen sich kümmern. Sie können das nicht noch länger auf den Schultern der privaten Familien lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Karl Straub (CSU): Zuerst haben Sie eine konkrete Frage gestellt, nämlich wann ich das letzte Mal mit Landräten gesprochen habe. Ganz einfach: Gestern. Sie haben gefragt, wann ich das letzte Mal mit Ehrenamtlichen gesprochen habe. Das war vorgestern. Das nächste Mal mache ich das in einer großen Runde an einem Runden Tisch mit Landrat, Bürgermeistern und Ehrenamtlichen. Dies wird am kommenden Montag stattfinden. Aus diesem Gespräch werden wir wieder Erkenntnisse ziehen, die ich an unsere Ministerien weitergeben werde. So, wie ich unsere Ministerien kenne, werde

ich, wenn ich am Montag ein Gespräch habe, bereits am Dienstag eine Antwort haben. So sieht konkrete Hilfe aus.

Ich vermisse allerdings ein bisschen Hilfe an dem Punkt, wo Sie in Verantwortung sind, nämlich im Bund.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau! – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Mich hat total überrascht, dass Sie in Ihrem Antrag von einer Art Verteilschlüssel reden. Damals, als ich von einem europäischen Verteilschlüssel und einem deutschen Verteilschlüssel geredet habe, haben Sie gesagt: Die Leute sollen dorthin gehen, wo sie hingehen wollen; das ist alles nicht nötig.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Karl Straub (CSU): Sie haben inzwischen selber festgestellt, dass eine Ordnung in diesem System ganz zielführend sei. In diesem Sinne war Ihr Antrag nicht schlecht, aber nur bezüglich dieser Selbsterkenntnis.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion. Herr Singer, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Demirel von den "GRÜN*innen", wir haben wieder einen lustigen Antrag von Ihnen. Sie sprechen von "Integration" der Geflüchteten. Sie wollen wieder "Integrationslots*innen" einsetzen. Sie haben eine Sache als Erstes gleich verkannt. Bei diesen Menschen handelt es sich um echte Kriegsflüchtlinge und nicht um illegale Mas-

senmigranten, die Sie in den letzten Jahren zu Hunderttausenden ins Land geholt haben und nicht mehr loswerden wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Diese Menschen, diese Flüchtlinge wollen in ihr Land auch wieder ausreisen, wenn die Krisensituation vorbei ist. Darum geht es nämlich: dass wir Remigrationsperspektiven schaffen müssen und den ukrainischen Flüchtlingen nach der Krise eine Heimreise gewährleisten müssen.

Als Nächstes wollen Sie rückwirkende Erstattungssysteme einrichten. Es gibt einen klaren Rechtsgrundsatz im deutschen Recht: In der Vergangenheit lebt man nicht – in praeteritum non vivitur. Liebe Kollegen, in der Sozialhilfe bekommen Sie auch kein Geld, wenn Sie Anträge für die Vergangenheit stellen, sondern nur für die Zukunft. Genauso ist es auch im Unterhaltsrecht. Die Vergangenheit ist abgeschlossen. Unterhalt fordert man nur für die Zukunft. Genauso ist es hier. Selbstverständlich erbringen wir hier auch die Leistungen für die Zukunft.

Spannend wird es dann noch: Sie wollen, dass das Land natürlich auch unabhängig von der Beteiligung des Bundes die Mehrkosten übernimmt. Das ist natürlich toll: In Berlin Bockmist bauen und dann versuchen, die Kosten auf Bayern abzuwälzen. Wir sind natürlich strikt dagegen.

Als Nächstes brauchen Sie "Integrationslots*innen", um "Wohnungsgeber*innen" zu unterstützen. Geschätzte Frau Demirel, die Wohnungsgeber brauchen von Ihnen keine Hilfe – wirklich nicht! Die können das selber organisieren und sich mit den zuständigen Behörden hier in Bayern in Verbindung setzen. Die Landratsämter sind sehr gut aufgestellt. Bei ihnen kann man sich melden und sagen, dass man eine Wohnung hat.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich fordern Sie, dass ehrenamtliche Helfer zusätzlich noch hauptamtliche Strukturen erhalten. Das ist ja klar. Bei Ihnen gibt es kein Ehrenamt, ohne zugleich zusätzlich hauptamtliche Stellen gleich mit zu verkaufen. Sie müssen ja auch Ihre grüne Klientel mit irgendwelchen Jobs versorgen, wenn die deutsche Autoindustrie wegen Ihrer Politik irgendwann den Bach heruntergeht.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegin, was haben wir noch? – Natürlich sollte man das in den Kitas machen. Wir haben ein Riesenproblem. Ihr Antrag ist insofern aber realitätsfremd. Frau Kollegin Demirel, wir haben doch das Problem, dass unsere Erzieher in dem Bereich unter Burn-out leiden. Wir haben viel zu wenige Erzieher. Das lösen Sie nicht durch diesen realitätsfernen Antrag in diesem Bereich.

Ansonsten noch ein Wort zur Koalition auf Bundesebene: Diese Ampel steht auf Dauerrot. Liebe Kollegen, wer das Bundesamt für Güterverkehr einsetzt, um Menschen in Deutschland zu verteilen, zeigt seine Menschenverachtung und ist natürlich auch schuld an dem Chaos, das dabei verursacht wurde.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Überschrift Ihres Antrags klingt ja noch ganz gut: "Kommunen [...] unterstützen und entlasten!" Worum es in dem Antrag aber wirklich geht, steht schon im ersten Absatz. Dort heißt es nämlich: "Unabhängig von der finanziellen Beteiligung des Bundes soll das Land [...]". – Wieso eigentlich das Land? Ist das wieder so ein Musterantrag, der in Berlin für alle Bundesländer geschrieben wurde?

Unabhängig von der finanziellen Beteiligung des Bundes soll das Land

– also der Freistaat Bayern –

die Kostenübernahme gegenüber der kommunalen Familie garantieren [...]

Und das jetzt, da Sie doch genau wissen, dass bei der letzten MPK eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Verstetigung der Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder und Kommunen, die rückwirkend zum 1. Januar 2022 geregelt werden muss, vertagt wurde. Sie soll nun bei der nächsten MPK am 2. Juni beraten werden. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, dass Sie genau jetzt, in dieser Situation den Bund aus der Verantwortung und den Freistaat in die finanzielle Verantwortung nehmen wollen. Da muss ich Sie wirklich fragen: Fühlen Sie sich den Interessen der bayerischen Bürger, die auch bayerische Steuerzahler sind, wirklich verpflichtet oder eher oder nur der Ampelkoalition in Berlin, meine Damen und Herren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Um mal zu den Inhalten im Einzelnen zu kommen, was die Kosten der Unterbringung betrifft – das ist der Kern der Nummer 1 bei Ihnen –: Die Staatsregierung hat doch ganz frühzeitig gesagt, dass die Kosten, die den Kommunen für die Unterbringung entstehen, zu hundert Prozent übernommen werden. Punktum, aus! Eine Milliarde Euro wird dafür zur Verfügung gestellt. Die Staatsregierung trägt die notwendigen Kosten der Kommunen zu hundert Prozent. Das heißt, der Antrag geht völlig ins Leere. Bayern hat sofort klargestellt, dass es die Kommunen eben nicht im Regen stehen lässt – im Gegensatz zum Bund.

Integrationslotsen – was soll das überhaupt? Wir haben in 90 Kommunen in Bayern hauptamtliche Integrationslotsen und -lotsinnen. Der Freistaat fördert das im Jahr 2022 mit 6,5 Millionen Euro, und zusätzlich gibt es eine Sonderförderung Ukraine-Krise genau für diese Integrationslotsen – eine deutliche Aufstockung. Die Ehrenamtlichen erhalten durch diese Integrationslotsen Unterstützung, Information, Schulungen. Was wollen Sie damit überhaupt? Der Freistaat tut da alles.

Auch bei der Flüchtlings- und Integrationsberatung gibt es Maßnahmen zur Stärkung: mehr Berater; die Stellenzahl soll von 575 auf 650 förderfähige Berater erhöht werden. Jeder bekommt dazu noch eine Unterstützungskraft auf Minijob-Basis. Das geht in erster Linie natürlich an die Menschen aus der ukrainischen Community, die muttersprachlich beispielsweise beim Ausfüllen von Formularen oder ähnlichen Dingen helfen können.

Wir verbessern auch die Förderkonditionen zur Verringerung des Eigenanteils. Da gibt es einen Zuschlag von 13.000 Euro auf jede Stelle. Das heißt, unter dem Strich wird jede Stelle, die durchschnittlich 65.000 Euro im Jahr kostet, voll und ganz gefördert. Sie sagen, wir würden die Kommunen im Regen stehen lassen. Was soll das bitte?

Kinderbetreuung – jeder hat hier ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen Anspruch auf Kinderbetreuung, nicht erst in dem Jahr vor der Einschulung, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben. Es gibt jetzt Brückenangebote. Da ist alles da. Ich war übrigens diese Woche in einer Kita und habe mir das angesehen. Die Kitas machen das super, die kommen super zurecht. Ich habe nicht gehört, dass sich die Kitas in irgendeiner Weise alleingelassen fühlen, genauso wenig wie die Schulfamilie. Unser Kultusminister hat so schnell wie kein anderer Kultusminister in Deutschland pädagogische Willkommensgruppen zur schnellen Aufnahme an den Schulen eingerichtet. Wir haben inzwischen über 20.000 aus der Ukraine geflohene Schülerinnen und Schüler, die alle in pädagogischen Willkommensgruppen, in Regelklassen oder in besonderen Klassen oder Unterrichtsgruppen unterrichtet werden. Wir haben 2.700 Lehrkräfte und Willkommenskräfte rekrutiert. Darunter sind 900 Ukrainisch oder Russisch Sprechende. Was wollen Sie überhaupt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Antrag läuft ins Leere, ist völliger Unsinn. Letzten Endes sollten Sie sich wirklich an die Bundesregierung halten. Wir warten darauf, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und die Kosten insbesondere für die Unterbringung übernimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hold, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen; die erste kommt vom Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Hold, ich bräuchte jetzt eine Erklärung; ich verstehe nicht mehr, was ich jetzt zu hören bekomme. Kollege Straub hat gesagt: Wir brauchen noch keinen Nachtragshaushalt, wir schauen es uns mal an, und bis dahin ist genug Geld da.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Genau!)

In der Haushaltsdebatte habe ich den Kollegen Finanzminister gefragt, wie es denn aussieht, warum das Thema Ukraine im Haushalt noch nicht enthalten ist. Er hat gesagt: Ich gehe davon aus, dass der Bund alles bezahlt, und wenn sich herausstellt, dass das nicht so ist, müssten wir über einen Nachtragshaushalt nachdenken.

Sie haben gerade beschrieben, dass im Moment darüber diskutiert wird, welchen Anteil der Bund übernimmt. Ich frage mich als Haushaltspolitiker: Unter welcher Annahme ist dieser Haushalt aufgestellt worden? Sind dafür irgendwelche Gelder enthalten? Wenn doch, dann stellt sich die Frage: In welchem Haushaltstitel ist denn dieses Geld? Ich habe es nirgendwo gefunden.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja!)

Das ist keine Art und Weise, mit dem Geld umzugehen, nach dem Motto: Wir schauen jetzt mal, ich habe genug in der Kasse, und dann schaue ich mal, woher ich es bekomme. Das ist ein Widerspruch.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Zum Ersten, dass der Bund tatsächlich seiner Verantwortung gerecht wird: Da haben Sie hoffentlich einen guten Zugang zum Bundesfinanzminister. Von welcher Partei kommt der?

Zum Zweiten: Der Haushalt ist zu einem Zeitpunkt aufgestellt worden, als es noch gar keinen Ukraine-Krieg gab. Artikel 37 Absatz 1 der Haushaltsordnung – das wissen Sie als Haushaltspolitiker besser als ich – eröffnet die Möglichkeit außerplanmäßiger Ausgaben, wenn wir ein unvorhergesehenes und unabweisbares Ereignis haben. Das heißt, Sie brauchen aus meiner Sicht nicht unbedingt einen Nachtragshaushalt – das wissen Sie als Haushaltspolitiker sicherlich besser als ich –, weil zusätzliche Mittel über Artikel 37 Absatz 1 Satz 4 der Haushaltsordnung erschlossen werden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Gülseren Demirel (GRÜNE):
Wo ist die Milliarde, die der Freistaat bereitstellt?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine zweite Zwischenbemerkung. Sie kommt vom Kollegen Christian Zwanziger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Hold, meine Frage geht in die gleiche Richtung wie der Beitrag von Herrn Dr. Kaltenhauser. Sie haben gesagt, es sei doch alles geklärt, der Freistaat Bayern übernehme hundert Prozent der Kosten, die Kommunen wüssten Bescheid. Kurz vor dem Ende Ihrer Rede sagen Sie aber, wir sollen uns darum kümmern, dass der Bund die Unterbringung bezahlt, mit dem Antrag würde ein Fass aufgemacht.

Bisher hat Bayern hundert Prozent zugesagt – das finde ich gut, wenn das so kommt. Jetzt sagt der Bund die Übernahme von zwei Dritteln der Kosten zu. Wir wollen, dass der Freistaat den Kommunen zusagt, das letzte Drittel zu übernehmen, und ihnen so die Unsicherheit nimmt. Wenn wir heute dazu kommen, dass der Freistaat das letzte Drittel übernimmt, finde ich das gut. Aber sagen Sie uns dann doch bitte, aus welchem Haushaltstitel das finanziert wird. Vor allem sagen Sie mir bitte, ob das letzte Drittel übernommen wird. Dann brauche ich mir nicht von Landrätinnen und Landräten anzu-

hören, dass Unsicherheit darüber besteht, ob das letzte Drittel vom Freistaat gezahlt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Der Widerspruch, den Sie gerade konstruieren wollen, steckt doch in Ihrem Antrag. Sie sagen einerseits, ganz egal, ob der Bund seiner Verantwortung nachkommt, der Freistaat muss klarstellen, dass er alles übernimmt. In puncto Unterkunft hat der Freistaat erklärt – das habe ich gesagt –, dass er alles übernimmt. Andererseits versuchen Sie hier ein Szenario aufzubauen, dass hier alles schief läuft, dass sich alle alleingelassen fühlen, dass der Freistaat überhaupt nichts tut: nicht in Kitas, nicht bei der Unterbringung, nicht bei der Unterstützung der Integrationslotsen, nicht an den Schulen. Das – ehrlich gesagt – finde ich traurig, weil Sie damit alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die sich jetzt in unglaublicher Weise bemühen, diese Ukraine-Krise, soweit sie uns in Deutschland betrifft, soweit sie uns in Bayern über die Flüchtlinge betrifft, in den Griff zu bekommen und das Beste daraus zu machen, vor den Kopf stoßen – obwohl Sie in Ihrem Einleitungssatz sagen, wie toll die Ehrenamtlichen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Gülseren Demirel (GRÜNE):
Alles Quatsch!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner: der Kollege Klaus Adelt von der SPD-Fraktion.

Klaus Adelt (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der GRÜNEN auf Entlastung der Kommunen durch hundertprozentige Finanzierung der Kosten für die Geflüchteten wird von unserer Seite unterstützt.

Vorneweg noch mal ein herzliches Dankeschön an alle, die in der Krise mithelfen, diese zu bewältigen, allen voran die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrerinnen und

Lehrer, die nahtlos aus der Pandemie zur Betreuung der Geflüchteten übergegangen sind,

(Beifall der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

aber auch ein herzliches Dankeschön an die Kommunen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den größten Teil der Geflüchteten übernehmen. Was den meisten Sorgen macht – der Herr Städtetagspräsident Pannermayr hat es letzten Mittwoch ausgeführt –, ist der Wechsel, der Anfang Juni passiert: Dann müssen die Kommunen die Kosten der Unterkunft und für Heizung zu einem Drittel übernehmen. Wir brauchen deshalb eine eindeutige Aussage. Ich bin mir sicher, dass sie kommen wird.

Auch bereitet Sorgen, dass die Verteilung der Geflüchteten jetzt den Landratsämtern übertragen wird. Hier haben die großen Städte die Sorge, dass sie überfrachtet werden, dass sie überproportional an den Leistungen beteiligt werden. Auch hierzu braucht es eine klare Antwort.

Ein kleines Special am Rande: Es ist alles oder sehr viel geregelt, aber wenn Sie an die Beförderung der Kinder in die Willkommensklassen denken, steht im Rahmenplan lapidar: Die Beförderung wird den Kommunen überlassen, die schon eine Lösung finden werden. Das steht auf Seite 19. Es ist dringend notwendig, das zu präzisieren, damit die Kommunen dieses Geld auch erhalten.

Zum Abschluss: Minister Herrmann hat vor wenigen Wochen genau an derselben Stelle gesagt, als ich ihn gefragt habe, wer die Kosten übernimmt: Der Freistaat Bayern übernimmt alle Kosten für die Geflüchteten. – Darauf vertraue ich, und da nehme ich Sie beim Wort. Sie sind der Minister, der das sagt und dann auch schaut, dass er sein Geld irgendwo herbekommt. Dieses Signal muss an die Kommunen hinausgehen, damit dort Sicherheit herrscht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es steht eine Mammutaufgabe vor uns, vor Bund, Land und Kommunen. Und sie steht natürlich auch vor jedem Einzelnen, vor den vielen, vielen Helfern, vor den Ehrenamtlichen und den Hauptamtlichen, die in den Kommunen, die in den Bezirken unterwegs sind. Da sind Menschen, die eine Wohnung bieten. Da sollten wir nicht nur Danke sagen, sondern wir sollten uns wirklich aktiv für sie einsetzen. Stattdessen habe ich aber immer nur Fingerzeige auf den Bund gesehen. Das sollte doch anders sein. Wir sollten doch sagen: Ärmel hoch! Wie können wir das gemeinsam stemmen?

Die Ehrenamtlichen zeigen wirklich einen unermüdlichen Einsatz mit Herzlichkeit für ein gutes Ankommen der Menschen. Der Antrag der GRÜNEN geht in die richtige Richtung. Auch die FDP hat schon viele Initiativen für Geflüchtete eingebracht und für eine Erleichterung für die Menschen, die sich um sie kümmern. Wir haben uns eingesetzt und Anträge gestellt für die Erleichterung von Behördengängen, für eine bessere Anerkennung von Abschlüssen, für eine Aus- und Weiterbildung in Teilzeit, für eine gute Bildung und Betreuung von Kindern.

Ich muss wirklich sagen: Ja, es steht ein Rechtskreiswechsel bevor. Ja, der wird auch nicht einfach. – Das ist natürlich mit Anstrengungen verbunden. Die Bundesregierung arbeitet aber seit Wochen an vernünftigen Lösungen. Dazu muss ich jetzt schon einmal sagen: Durch den Rechtskreiswechsel kommen auf den Bund Mehrausgaben zu, allein durch das SGB II, ausgehend von 400.000 Bedarfsgemeinschaften, in Höhe von rund 6 Milliarden Euro. Dann kommen noch viele weitere Milliarden Euro dazu für Eingliederung, Verwaltung, BAföG und, und, und. Auf der anderen Seite gibt es unter dem Strich Einsparungen für Länder und Kommunen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Ich denke, das ist doch alles andere als ein Sparmodell für den Bund, ganz im Gegenteil. Hier sollten wirklich alle gemeinsam Anstrengungen unternehmen. Ich kann es

nicht mehr ertragen, dass die CSU nichts Besseres zu tun hat, als mit dem Finger auf die Bundesregierung zu zeigen. Das ist einfach falsch.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Übernehmen Sie endlich Verantwortung. Stecken Sie Ihre volle Energie in Taten statt ins Herummeckern. Lassen Sie uns gemeinsam alles tun, damit es für die Menschen, die geflüchtet sind, hier in Bayern besser wird. Tun wir alles, um ihre Situation zu verbessern. Deshalb unterstützen wir den Antrag. Fassen Sie sich ein Herz, und tun Sie das auch.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben im Moment nach wie vor und Gott sei Dank eine wirklich großartige Hilfsbereitschaft von Tausenden von Menschen in unserem Land, eine großartige Bereitschaft, diesen ukrainischen Flüchtlingen hier in unserem Land zu helfen, sie aufzunehmen und sie zu unterstützen, wo immer das nur geht. Das ist großartig, und Sie haben in dieser Situation nichts Besseres zu tun, als eine schäbige und zum Teil völlig unsachliche Debatte zum wiederholten Mal hier in den Landtag zu bringen. Pfui, kann ich da nur sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU:
Bravo, bravo! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Sandt, Sie haben emotional ja recht gut begonnen – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was ist denn da dran schäbig?)

– Entschuldigung, ich will jetzt nur einmal sagen, wenn Sie hier die CSU kritisieren – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was ist denn da schäbig? Es geht doch hier um Ihre Verantwortung! Ist das etwa schäbig?)

– Wer bringt denn die Debatte zum wiederholten Mal in den Landtag? Wir haben keinen Dringlichkeitsantrag eingereicht, die Bundesregierung zu beschimpfen. Entschuldigung, es sind doch insbesondere die GRÜNEN, die diese Debatte hier hereinbringen und so tun, als ob wir hier in Bayern irgendetwas falsch machen würden. Schauen Sie sich einmal die bundesweiten Statistiken an. Wir sind die Nummer eins in puncto Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge! Wir sind die Nummer eins in puncto Registrierung der Flüchtlinge! Das ist die Realität!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich doch die bundesweiten Statistiken an!

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist aber Ihre Verantwortung!)

Schauen Sie sich die Statistiken im Internet an. So, jetzt sage ich Ihnen einmal, wie die Realität ist.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Das war ja wieder einmal ein grandioser Einstieg, Frau Kollegin Demirel. Am letzten Freitag habe ich zum wiederholten Mal eine Videoschaltkonferenz mit allen Oberbürgermeistern und Landräten in Bayern gehabt, zum wiederholten Mal. Sie können sich gerne einmal umhören, Sie werden ja auch ein paar Oberbürgermeister und Landräte kennen. Ich kann Ihnen nur sagen, auch in dieser letzten Schaltkonferenz hat kein einziger Oberbürgermeister, keine Oberbürgermeisterin, kein Landrat und auch keine Landrätin eine solche Frage gestellt, wie Sie sie vorhin als besonders klug in den Raum gestellt haben. Kein Einziger. Woher mag das wohl kommen? – Es scheint eben nicht so zu sein, Frau Kollegin Demirel, dass das das Problem ist, das die Oberbürgermeister und Landräte derzeit im Umgang mit dieser in der Tat wichtigen Thematik als das ihre wahrnehmen. Nein, sie haben in der Tat ganz andere Probleme.

Ich bekomme viele Zuschriften, wo wir helfen, was wir alles machen können und was wir noch besser machen können, was mir auch wirklich sehr am Herzen liegt. Ich will Ihnen aber auch sagen, – –

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Entschuldigung, ich habe eher die Frage: Wann haben Sie sich denn das letzte Mal mit jemandem beschäftigt? Sie bringen hier immer Dringlichkeitsanträge ein, keine Anträge in die Ausschüsse, wo man in Ruhe, auch mit den Fachleuten aus den Ministerien, diskutieren könnte. Es geht Ihnen um das politische Spektakel mit den Dringlichkeitsanträgen hier im Plenum. Darum geht es Ihnen!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn Sie eine fachliche Frage stellen wollten – und Sie stellen ja sonst auch viele Schriftliche Anfragen zum Plenum und dergleichen –, dann würden Sie zum Beispiel Folgendes erfahren: Derzeit sind in der Tat Zehntausende privat untergebracht. Ich finde das großartig. Da waren unbürokratische Landräte, zu denen wir dann gleich gesagt haben: Das ist okay, wenn ihr das so macht. – Und nachdem ein paar Wohnungseigentümer die Flüchtlinge aufgenommen haben, haben sie gesagt: Wir haben da zumindest die Kosten für Stromverbrauch und Heizung. Mehr wollen wir gar nicht, aber das. Es steht in keinem Gesetz, aber wir haben gesagt: Okay, wenn der Landrat sagt, wir müssten wenigstens eine Monatspauschale in Höhe von 50, 60 Euro für solche Nebenkosten bezahlen, dann ist das okay. Dann soll das der Landrat machen. Wir haben ihnen dann innerhalb weniger Tage geschrieben, das dürfen sie machen, sie sollen das Geld auszahlen. Das machen sie. Die meisten Wohnungseigentümer sind damit zufrieden. Wunderbar.

Wir gehen davon aus, und das thematisieren die Oberbürgermeister und die Landräte auch in der Tat, dass die gefühlte Wahrnehmung so ist: Manche Leute, die Flüchtlinge in die eigene Wohnung aufgenommen haben, nicht in eine leer stehende, werden in

den nächsten Wochen sagen: Jetzt wird es ein bisschen eng. – Wenn Sie sich erkundigt hätten, dann würden Sie wissen, dass die Oberbürgermeister und die Landräte in der Statistik, die jeden Tag erneuert wird, im Moment über 25.000 freie Plätze in vorhandenen Unterkünften melden. 25.000 freie Plätze! Die Oberbürgermeister und die Landräte haben nämlich auf meine Bitte hin seit Ende Februar über die vorhandenen Plätze für Asylbewerber und andere Flüchtlinge hinaus eine zusätzliche Kapazität von 50.000 Plätzen geschaffen. Die haben wir dann nach dem berühmten Schlüssel auf alle 96 Städte und Landkreise heruntergebrochen. Inzwischen sind wir – ich kann Ihnen das gern im Detail liefern – bei 51.000 oder 52.000 neuen, zusätzlichen Plätzen, die seit dem 1. März in Bayern geschaffen worden sind. Von diesen Plätzen sind im Moment nur gut die Hälfte, also rund 25.000 Plätze, in Anspruch genommen, etwa 25.000, 26.000 Plätze aber noch nicht. Ich finde das gut, denn so toll wir diese Unterkünfte auch herrichten, in den allermeisten Fällen ist es auch für den Integrationsprozess sehr gut, wenn jemand in eine Familie aufgenommen wird und nicht in eine große Sammelunterkunft oder dergleichen kommt. Ich habe deshalb kein Bestreben, das von mir aus zu ändern oder gar Druck zu machen.

Das ist nicht mein Verdienst. Wir haben die Rahmenbedingungen vorgegeben, weil wir in der Tat organisieren und führen. Es waren aber die Oberbürgermeister und Landräte, die es mit ihren Gemeinden geschafft haben, dass wir im Moment noch einen Puffer von 25.000 Plätzen haben, die zur Verfügung stehen, wenn morgen jemand kommt und sagt: Bei mir können die nicht mehr in der Wohnung leben; die müssen wir jetzt woanders hintun. Das ist die Realität. Eine Frage an unsere Verwaltung, und sie hätte Ihnen das so gesagt. Dies zeigt schon einmal: Mindestens drei der von Ihnen vorhin in den Raum gestellten Behauptungen sind einfach Unfug, Frau Kollegin Demirel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch einmal: Das ist nicht mein Verdienst. Wir haben mit Oberbürgermeistern und Landräten gesprochen, und diese haben das erreicht; diese haben das geschafft. Die Frage ist: Ist der Grund Ihrer Wortmeldung, dass Sie all das, was unsere Oberbürger-

meister und Landräte, wohlgemerkt der unterschiedlichsten Parteien, in diesem Lande erreichen und ordentlich hinbekommen haben, hier im Bayerischen Landtag ständig schlechtreden wollen?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie verbreiten hier doch Unsinn!

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Herr Kollege Schuberl, hören Sie sich das erst einmal in Ruhe an; dann können wir gerne weiter darüber debattieren.

(Zuruf von der CSU: So schaut's aus!)

Sie müssen die beiden Rechtskreise unterscheiden. Es ist eben so: Wenn es unterschiedliche Gesetze, wohlgemerkt des Bundes, gibt – wir müssen in diesem Zusammenhang Bundesrecht vollziehen –, dann muss man das natürlich schön auseinanderhalten. Es war die klare Vorgabe des Bundes nach der europäischen Entscheidung und der darauffolgenden einvernehmlichen Entscheidung in Deutschland, das nach § 24 Aufenthaltsgesetz zu machen. Damit war klar: Jeder, der ankommt, wird nach dem Asylbewerberleistungsgesetz behandelt. So weit sind wir uns hoffentlich noch einig. Dies gilt für alle Fälle des Asylbewerberleistungsgesetzes. Das gilt seit Jahren. Für jeden Flüchtling, der aus Afghanistan oder aus Nigeria oder aus Syrien oder von sonst woher kommt, gilt in Bayern das Asylbewerberleistungsgesetz des Bundes, das zunächst einmal eine Verpflichtung zur Unterbringung vorsieht. In der Vergangenheit hat der Bund für die Leistungen nach diesem Asylbewerberleistungsgesetz des Bundes einiges gezahlt.

Für alle Kosten, die in diesem Zusammenhang anfallen – normalerweise betrifft dies Personen im Asylverfahren, die angekommen sind, einen Antrag stellen, der aber vom BAMF noch nicht verbeschieden ist –, gilt die Zusage der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheit des Bayerischen Landtags, und zwar schon seit etlichen Jah-

ren, dass der Freistaat Bayern diese Kosten zu hundert Prozent trägt; das Risiko, wie viel davon der Bund erstattet, trägt der Freistaat Bayern allein. Wenn der Bund etwas erstattet, ist dies gut, und dann wird das bei uns vereinnahmt; gegenüber den Kommunen gilt aber nach diesem Gesetz zunächst einmal eine hundertprozentige Leistung des Freistaats Bayern. Dies ist so.

In Bayern gibt es keine Kommune, die das infrage stellt. Wir haben ebenso vom ersten Tag an erklärt: Jawohl, diese Zusage gilt auch jetzt, wenn dieses Asylbewerberleistungsgesetz auf die ukrainischen Flüchtlinge nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes angewandt wird. Das ist jedem Oberbürgermeister und jedem Landrat in Bayern bekannt und bewusst. In der ersten Woche gab es noch die eine oder andere Frage. Dann haben wir das noch dreimal klargestellt. Deshalb hat schon lange kein Oberbürgermeister und kein Landrat diese Frage mehr irgendwo aufgeworfen. Jedem, der mit dem Vollzug etwas zu tun hat und hier nicht nur politische Propaganda veranstalten will, Frau Kollegin Demirel, ist dies klar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bundesregierung und die sie tragende Ampel-Mehrheit im Deutschen Bundestag hat jetzt klar angekündigt: Ab dem 1. Juni gilt nicht mehr das Asylbewerberleistungsgesetz, sondern wer dann seine Aufenthaltsbescheinigung hat oder eine Fiktionsbescheinigung erhalten hat und registriert wird, wechselt ab dem 1. Juni in das SGB II; für Neuankommende gilt dies jeweils ab dem ersten Monatsersten, nachdem sie registriert sind und ihre Fiktionsbescheinigung erhalten haben.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir vonseiten der Bayerischen Staatsregierung von dieser Idee nicht begeistert waren, schon allein aufgrund des gigantischen Verwaltungsaufwands, der damit verbunden ist. Das Gesetz ist aber jetzt so eingebracht und wird sicherlich nächste oder übernächste Woche von Bundestag und Bundesrat mit Ihrer Mehrheit endgültig beschlossen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Ich gehe davon aus, dass Sie auch selbst keine Zweifel daran haben, dass das mit Mehrheit im Bundestag so beschlossen wird. Vor diesem Hintergrund kann ich die nächsten drei, vier Fragen von Ihnen, Frau Kollegin Demirel, überhaupt nicht verstehen; denn dann hat nämlich wohlgemerkt der Bund entschieden, nicht wir, und es ist dann eben so: Ab 1. Juni richtet sich alles nach SGB II. Das heißt in der Tat, dass der Bund dann die Kosten zahlt.

Bei den Regelungen des SGB II über die Kosten der Unterkunft – KdU, wie es im Fachjargon heißt – geht es um ein Spezialthema. Danach gilt, dass der Bund Pi mal Daumen zwei Drittel und die jeweilige Gemeinde, in der sich ein Leistungsempfänger aufhält, ein Drittel zahlt. Darin sind wir uns hoffentlich noch weitgehend einig. Das ist einfach geltendes Sozialrecht. Das kam bisher für alle Asylbewerber zur Anwendung, die anerkannt wurden, nämlich ab dem Moment, wo sie vom BAMF den Anerkennungsbescheid bekommen haben. Egal, ob jemand aus Afghanistan, Syrien, dem Irak oder von wo auch immer kommt: Sobald er den Anerkennungsbescheid bekommt, wechselt er in das SGB II.

Über die Frage, wer denn dann die Kosten der Unterkunft zahlt – in den letzten Jahren kam ja schon eine Vielzahl von Flüchtlingen; das hat mit der Ukraine gar nichts zu tun –, gab es in früheren Jahren intensive Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Diese haben dazu geführt, dass die damalige Bundesregierung unter Angela Merkel in einer Großen Koalition mit der Sozialdemokratie schon vor – ich kann es jetzt nicht mehr genau sagen – zwei, drei oder vier Jahren zugesagt hat, dass, anders als für alle Deutschen und sonstigen SGB-II-Empfänger, für alle, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind und aufgrund ihrer Anerkennung SGB-II-Empfänger werden, der Bund nach der zunächst geschlossenen Vereinbarung bis zum 31. Dezember 2021 die Kosten der Unterkunft zu hundert Prozent zahlt. Diese damals von der früheren Bundesregierung mit den Ländern geschlossene Vereinbarung ist zum 31. Dezember 2021 ausgelaufen.

Nun ist die neue Bundesregierung seit fünf Monaten im Amt. Jetzt wird eine zusätzliche Regelung für die Flüchtlinge aus der Ukraine geschaffen, wodurch sich die Zahl derjenigen, die in das SGB II wechseln, noch wesentlich vergrößern wird. Die jetzige Bundesregierung hat in der Tat in den Gesprächen mit der Ministerpräsidentenkonferenz zugesagt, dass es vom Bund noch einmal kräftige Mittel geben wird, die aber bis heute nicht konkretisiert sind.

Deshalb sage ich Ihnen ganz unaufgeregt: Ich wünsche mir ganz dringend – und das ist die offizielle Position der Staatsregierung und nicht nur der Bayerischen Staatsregierung –, dass schon aufgrund der ja inzwischen Hunderttausenden von Flüchtlingen, die in den letzten Jahren gekommen sind und anerkannt worden sind, die einen Schutzstatus haben und somit SGB-II-Status haben, die von der früheren Bundesregierung gegebene Zusage, weil sie als Flüchtlinge auch aufgrund einer großzügigen Entscheidung der Bundesregierung nach Deutschland gekommen sind, von der neuen Bundesregierung fortgeführt wird.

Da Sie hier so klug daherreden, wäre ich schon dankbar, wenn Sie sich jetzt einmal mit einem klaren Standpunkt dazu äußern würden, ob Sie unsere bayerische Haltung teilen, dass in der Tat das, was die von Ihnen besonders früher auch schon viel geschmähte Bundesregierung unter Schwarz-Rot immerhin geleistet hat, nämlich den Kommunen die Kosten der Unterkunft von anerkannten Flüchtlingen zu hundert Prozent zu zahlen, jetzt unter Regierungsmitwirkung der GRÜNEN weitergeführt werden soll oder ob Sie die Kommunen jetzt schlechterstellen wollen als die frühere Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Kollegin, dazu haben Sie leider keinen einzigen Satz gesagt, sondern nur wieder versucht, den Schwarzen Peter der Bayerischen Staatsregierung zuzuschieben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen: Wir richten nach wie vor diese Forderung an den Bund. Der Bund hat diese Sache noch nicht abgeschlossen, sondern wir reden weiterhin darüber. Deshalb habe ich gar keinen Anlass, ein solches Spektakel zu veranstalten, wie Sie es hier tun. Ich hoffe immer noch darauf – das habe ich erst in der vergangenen Woche, am Freitagabend – –

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Nein, am Freitag früh hatte ich die Videoschaltkonferenz mit den Oberbürgermeistern und Landräten.

Am Donnerstag früh fand unter meiner Leitung, weil ich im Moment den Vorsitz der Innenministerkonferenz innehabe, die Schalte aller Innenminister mit der Bundesinnenministerin statt. Wir – und zwar mehrere Innenminister – haben auch bei dieser Gelegenheit unsere Position an die Bundesinnenministerin adressiert: Es besteht die Erwartung, dass der Bund diese Kosten der Unterkunft zu hundert Prozent übernimmt, wie die alte Bundesregierung es getan hatte.

Die Frau Bundesinnenministerin hat gesagt, darüber werde letztlich im Kanzleramt entschieden, und sie werde es demnächst an den Leiter des Kanzleramts weitertragen. Wir wurden gebeten, diesen Punkt möglichst bald an die Chefs der Staats- und der Senatskanzleien, die demnächst beisammen sind, zu adressieren, und dergleichen mehr.

Wir haben eine Haushaltsslage; auch daran will ich den Kollegen erinnern. Darüber könnten wir sinnvoller in einer ruhigen Ausschusssitzung beraten; aber ich mache es auch gern hier im Plenum. Wir haben zu all diesen Dingen in der Tat eine Haushaltsslage. Es sind Positionen, die seit vielen Jahren gelten.

Bezogen auf das Asylbewerberleistungsgesetz gilt auf jeden Fall, dass es zwingende gesetzliche Ausgaben sind. Es ist ein Gesetz des Bundes, das zu diesen Ausgaben zwingt. Damit sind alle Kosten, die entstehen, wenn mehr Flüchtlinge kommen, unvor-

hergesehen und unabweisbar. Diese werden selbstverständlich erstattet. Der Ausgleich erfolgt entweder mit anderen Restmitteln, oder es muss später nachgemeldet werden. Aber bislang hat alles gut funktioniert. Es gibt jedenfalls keine Probleme, diese Gelder auszusahlen.

Was die Kosten der Unterkunft anbetrifft, so hoffe ich sehr darauf, dass sich die Ampelkoalition in Berlin und die jetzige Bundesregierung spätestens bis zum 1. Juni 2022, wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, zu einer klaren Entscheidung durchgerungen haben. Ich hätte nichts dagegen, wenn es noch mehr werden würde; aber wenigstens der Finanzstandard, den die alte Bundesregierung gesetzt hatte, sollte fortgeführt werden. Das ist meine dringende Hoffnung.

Ich sage es noch einmal ausdrücklich: Dabei geht es nicht nur um die Ukrainer; denn wir verzeichnen aktuell wieder steigende Zahlen von Flüchtlingen aus dem ganzen Mittelmeerraum, aus Afrika und Asien. Wir werden weiterhin etliche Flüchtlinge in unserem Land haben. Für sie gilt, sobald sie anerkannt werden, das Gleiche.

Wohlgemerkt, die Frage, ob der Bund weiterhin hundert Prozent der Kosten der Unterkunft übernimmt, betrifft nicht nur die etwa 100.000 Ukrainer, die in unserem Land angekommen sind, sondern auch weitere Hunderttausende, die schon länger in Deutschland sind, und diejenigen, die noch dazukommen werden.

Deshalb ist meine herzliche Bitte, liebe Frau Kollegin Demirel, dass Sie sich das noch einmal in Ruhe überlegen. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen: Für den ersten Rechtskreis – Asylbewerberleistungsgesetz – gilt wie bisher die Hundert-Prozent-Zusage der Bayerischen Staatsregierung. Wir hoffen darauf, dass für den zweiten Rechtskreis – SGB II – die Bundesregierung die Zusage der alten Bundesregierung, diese Kosten zu hundert Prozent zu übernehmen, fortführt. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich in Ihrer Partei dafür einsetzen würden.

Wenn Sie dies aber für falsch halten, dann wäre es ehrlich, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen würden, die Zusage der früheren Bundesregierung solle von der neuen

nicht fortgeführt werden. Dann sagen Sie bitte ehrlich auch den bayerischen Kommunen, dass das Ihre Meinung ist. Ansonsten bitte ich Sie herzlich um Unterstützung.

Ich will aus Zeitgründen nicht mehr auf Einzelheiten eingehen, aber ausdrücklich noch einmal auf das Beispiel der Schulen Bezug nehmen: Wenn gegenwärtig – so hat es der Kultusminister erst gestern im Kabinett berichtet – bereits über 20.000 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine in pädagogischen Willkommensgruppen, Regelklassen oder besonderen Unterrichtsgruppen unterrichtet werden, dann kann ich nur sagen: Das ist eine gigantische Leistung auch unserer Schulen, unserer Lehrerinnen und Lehrer. Innerhalb weniger Wochen 20.000 zusätzliche Kinder in unser Schulsystem aufzunehmen, das ist doch großartig! Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, hier derartig herumzumotzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Überlegen Sie sich bitte wirklich, ob es irgendwem ernsthaft nutzt – vor allen Dingen, ob es irgendeinem der ukrainischen Flüchtlinge nutzt –, wenn Sie jedes Mal, wenn wir über dieses Thema reden, mit solch wirklich unsinnigen Dringlichkeitsanträgen schlechte Stimmung verbreiten, und das in einer Situation, in der wir – ich sage es noch einmal – in der bayerischen Bevölkerung eine Hilfsbereitschaft haben, wie wir sie lange nicht mehr erlebt haben. Das ist großartig! Deshalb sage ich abschließend noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Menschen in unserem Land, die im Moment tatkräftig dabei sind, diesen Menschen, die dringend unsere Hilfe brauchen, zu helfen. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Zuvor möchte ich allerdings mitteilen, dass zu dem gerade aufgerufenen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/22566 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die

Abstimmung werden wir nach dem Aufruf des dritten Dringlichkeitsantrags durchführen.

Jetzt erteile ich für die erste Zwischenbemerkung Frau Kollegin Gülseren Demirel, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort. Bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben unseren Antrag als "schäbig" bezeichnet. Das möchte ich mit großem Nachdruck zurückweisen. Ich bin gewählte Abgeordnete. Es ist mein Job und meine Verpflichtung gegenüber den Menschen draußen, Themen, die nach meiner Meinung nicht gut laufen, hier zur Sprache zu bringen. Das zunächst zur Klärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zweite ist – ich habe leider nicht so viel Redezeit wie Sie; ich habe nur eine Minute; Sie können ja unbegrenzt reden –: Wenn ich als Oberbürgermeisterin bei Ihnen am Tisch säße und diese Rede anhören würde, dann würde ich den Raum mit mehr Fragen als Antworten verlassen. Ich hätte jedenfalls nicht das sichere Gefühl, dass ich im Rahmen einer guten Zusammenarbeit bin.

Was ich bisher herausgehört habe, ist: Der Bund zahlt nicht. Solange der Bund nicht sagt, was er zahlt oder ob er zahlt – was auch Unfug ist; der Bund wird zahlen –, kann ich niemandem etwas versichern.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie sehen dieses Problem anscheinend als eines der Unterkunft an. Es ist aber nicht nur die Unterbringung der Menschen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, eine Minute, wie gesagt.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Es geht noch um ganz andere Integrationsprobleme. Wie gesagt, leider habe ich nicht so viel Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Kollegin, ich kann nicht mehr sagen als das: Solange die Leute im Bezug laut Asylbewerberleistungsgesetz sind – das sind im Moment alle, weil die Rechtsänderung erst am 1. Juni 2022 in Kraft tritt –, gilt die Zusage der Bayerischen Staatsregierung zur Übernahme von hundert Prozent der Kosten. Diese Zusage wird weiterhin gelten, weil der aktuelle Gesetzentwurf beinhaltet – anders, als es sich zunächst anhörte –, dass auch in Zukunft alle Menschen, die in unserem Land neu ankommen, mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anfangen. Das ist genau der Punkt.

Nach zwei, drei Monaten sollen alle in das andere Gesetz wechseln, was aber einen gigantischen Verwaltungsaufwand verursachen wird. Das ist ja das Problem. Aber bitte, es ist so. Wir respektieren das, was die Bundesregierung entschieden hat. Ich weiß nicht, wo die Unklarheit bei Ihnen ist. Alle Landräte und Oberbürgermeister sehen keine Unklarheit.

(Zurufe der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und Toni Schuberl (GRÜNE))

– Jetzt wird es interessant, Herr Kollege Schuberl. Frau Kollegin Demirel – ich lese es im Protokoll gern nach – hat gerade in einem Nebensatz gesagt, es sei doch klar, dass der Bund das weiterhin zu hundert Prozent zahle.

(Alexander König (CSU): Das hat sie gesagt!)

– Das hat sie gerade gesagt. Sie können das gern im Protokoll nachlesen.

Wenn dem so ist – ich habe Ihnen gesagt, ich hoffe immer noch darauf, dass der Bund diese Frage bis zum 1. Juni dieses Jahres klärt –, dann ist es ja gut. Dann brauchen Sie aber doch von uns keine weitere Erklärung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Entweder – oder.

Sollte der Bund dazu nicht in der Lage sein, was mich schwer enttäuschen würde, dann werden wir natürlich, wie es üblich ist, mit den bayerischen Kommunen reden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Und dann? – Zuruf von der CSU: Ist das jetzt ein Dialog, oder was?)

– Herr Kollege Schuberl, jetzt sage ich Ihnen noch etwas.

(Alexander König (CSU): Noch einmal laut!)

Dabei bleibe ich schon politisch: Es ist ein Verteilungsmaßstab der Lasten, den wir mit der alten Bundesregierung einvernehmlich festgelegt hatten. Jetzt stehen auch Sie in der politischen Verantwortung. Die Frage ist, ob unter Ihrer Mitverantwortung in Berlin diese Sache verschlechtert wird oder nicht. Dort haben Sie die politische Verantwortung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe keine Mehrheit in Berlin. Ich sage Ihnen jetzt noch einmal: Ich habe das hier nicht thematisiert. Ich führe diese Gespräche mit den Oberbürgermeistern und Landräten auch sehr ruhig, und die finden absolut überparteilich statt. Da gibt es all diese Probleme nicht.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie sitzen das einfach aus!)

Wenn Sie das wollen, können wir den Ton ab morgen verschärfen, da Sie nicht bereit sind, genau die gleiche Kostengarantie zu geben wie die alte Bundesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Ich führe diese Diskussion in der Öffentlichkeit nicht so. Wollen Sie das? Ich mache das nämlich vor allen Dingen den ukrainischen Flüchtlingen zuliebe nicht,

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

weil ich nicht will, dass die den Eindruck haben, dass wir derartig zwischen Bund, Ländern und Kommunen um das Geld schachern.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das tun Sie aber!)

Wir wollen den Flüchtlingen bestmöglich helfen. Aber dann führen Sie nicht solche unsinnigen Diskussionen hier im Bayerischen Landtag.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile dem fraktionslosen Abgeordneten Sowoboda das Wort. Bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Innenminister Herrmann, Sie haben hier ja jetzt eine tolle Spektakelrede zu diesem Thema gehalten, haben sich äußerst echauffiert und uns alle aufgeweckt, dass hier eine heiße Sache im Spiel ist. Es fragt sich nur: Welche? Worum geht es denn eigentlich? – Bei diesem Thema geht es doch gar nicht um die Schlechter- oder Besserstellung der Kommunen. Es geht um den richtigen Rechtsvollzug. Wer hat was zu bezahlen? Wie immer im Leben, so ist es auch in der Politik.

Sie haben jetzt hier einen Eiertanz aufgeführt, warum Bayern dies bezahlt, jenes nicht und was zwischen dem Bund, Bayern und den Kommunen hin und her geschoben wird. Wer Flüchtling ist, und zwar definiert als Asylflüchtling oder als Kriegsflüchtling oder als Flüchtling mit sekundären Gründen, dessen Leistungen und Leistungsbezug sind doch klar geregelt. Da brauchen wir doch nicht darum herumreden. Uns als Bürgern und auch als Abgeordneten ist eigentlich egal, wer zahlt. Hauptsache, es wird

bezahlt. Wer aber keinen solchen Status hat, wie etwa die Privilegierten, die mit Pass, aber ohne Visum aus der Ukraine hierherkommen, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, auch Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – für die gilt das Sozialgesetzbuch, und zwar in aller Konsequenz.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Darauf sind Sie nicht eingegangen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort, und nicht Sie, Herr Swoboda.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Das war jetzt akustisch zum Teil nicht so klar zu verstehen.

(Unruhe)

Aber wenn das inzident mit zum Ausdruck bringen sollte, es würden hier in größerer Zahl Menschen, die gar nicht berechtigt sind, einreisen oder sich als Ukrainer ausgeben oder dergleichen und da würden dann Fehlzahlungen erfolgen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Das ist definitiv nicht der Fall. Da gibt es im Einzelfall natürlich auch mal Versuche von Schlepperbanden und dergleichen mehr. Aber wir haben auch nach den Feststellungen der Bundespolizei und der Bayerischen Grenzpolizei die Situation, dass der größte Teil der ukrainischen Flüchtlinge mit dem ziemlich fälschungssicheren biometrischen Pass ausgestattet ist und den auch vorzeigen kann. Dann gibt es noch den alten Pass. Da besteht kein Zweifel, dass das wirklich ukrainische Staatsangehörige sind. Deshalb hier eine Diskussion zu beginnen, es würden hier massenhaft Leute Leistungen bekommen, die dazu überhaupt nicht berechtigt sind, geht völlig am

Thema vorbei. Das hat keiner hier behauptet, und darum geht es auch überhaupt nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Wie bereits angekündigt: Nachdem die 15-minütige Wartezeit noch nicht abgelaufen ist, erfolgt die namentliche Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag nach dem nächsten Dringlichkeitsantrag.

(Zurufe: Oh!)

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/22566: Sie erinnern sich: Das war der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Staatsregierung muss Verantwortung übernehmen und Kommunen bei der Organisation der Aufnahme und der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen und entlasten!". Die namentliche Abstimmung startet jetzt. Sie haben drei Minuten Zeit für die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 19:57 bis 20:00 Uhr)

Konnten alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgeben? – Das ist ganz offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird in Kürze bekannt gegeben. Ich bitte Sie jetzt, Ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. Je früher das Plenum ein bisschen zur Ruhe kommt, desto schneller können wir weitermachen und desto schneller sind wir fertig.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Staatsregierung muss Verantwor-

tung übernehmen und Kommunen bei der Organisation der Aufnahme und der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen und entlasten!", Drucksache 18/22566, bekannt: Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 98. Stimmenthaltungen: 16. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.05.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Staatsregierung muss Verantwortung übernehmen und Kommunen bei der Organisation der Aufnahme und der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen und entlasten! (Drucksache 18/22566)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse		X		Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst			X	Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar		X		Flisek Christian			
Aures Inge			X	Franke Anne	X		
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick	X		
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bayerbach Markus		X		Gehring Thomas	X		
Becher Johannes				Gerlach Judith			
Becker Barbara				Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz		X		Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus		X		Gottstein Eva			
Böhm Martin				Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brandl Alfons				Güller Harald			X
Brannekämper Robert		X		Guttenberger Petra			
Brendel-Fischer Gudrun		X					
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin	X		
Busch Michael			X	Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar			X
Celina Kerstin	X			Hartmann Ludwig	X		
Dr. Cyron Anne				Hauber Wolfgang		X	
				Haubrich Christina	X		
Deisenhofer Maximilian				Hayn Elmar	X		
Demirel Gülseren	X			Henkel Uli		X	
Dorow Alex		X		Herold Hans		X	
Dremel Holger		X		Dr. Herrmann Florian			
Dünkel Norbert		X		Herrmann Joachim			
Duin Albert	X			Dr. Herz Leopold		X	
				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Ebner-Steiner Katrin		X		Hierneis Christian	X		
Eck Gerhard		X		Hiersemann Alexandra			
Eibl Manfred		X		Hintersberger Johannes			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Högl Petra		X	
Eisenreich Georg				Hofmann Michael			
Enders Susann		X		Hold Alexander		X	
Enghuber Matthias		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			X
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			X
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	40	98	16